

**Bericht der Verwaltung
für die Sitzung
der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S)
am 19. Dezember 2013**

Attraktive Grünflächen erhalten – Umweltbetrieb neu aufstellen

Auf Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat die Bremische Bürgerschaft am 14.05.2013 beschlossen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, im Zuge der Reorganisation des Umweltbetriebs folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Die Neubesetzung der Leitungsfunktionen des UBB muss zeitnah erfolgen. Flankierend sind dabei die Steuerungs- und Führungsstrukturen des Betriebs zu überprüfen und zu optimieren.
2. Es soll überprüft werden, ob eine ökologische Aufwertung von Flächen zu effizienterem Pflegeaufwand führt.
3. Die Sicherstellung der Verkehrssicherungspflicht muss sowohl organisatorisch, als auch inhaltlich höchste Priorität haben.
4. Es muss dargelegt werden, wie im Lichte der Personalplanung die Servicequalität im Friedhofsbereich aufrechterhalten werden kann.
5. Gemeinsam mit dem Personalrat sollte ein betriebliches Gesundheitskonzept erarbeitet werden, um die hohen Ausfallzeiten zu reduzieren.
6. Es ist eine ausgewogene Altersstruktur im Betrieb anzustreben. Dies sollte insbesondere durch die Übernahme von geeigneten Auszubildenden erfolgen.
7. Im Rahmen der längerfristigen Planung ist zu prüfen, ob die Eingliederung bzw. Verlagerung weiterer Aufgaben in den UBB sinnvoll ist. Eine mögliche Rekommunalisierung der Abfallentsorgung und Straßenreinigung im Jahr 2018 ist dabei zu berücksichtigen.

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bis zum Ende des Jahres Bericht zu erstatten. Dieser Bericht wird hiermit vorgelegt.

Sachdarstellung

Die Aufträge der Stadtbürgerschaft werden gemeinsam vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und dem Umweltbetrieb Bremen bearbeitet und schrittweise umgesetzt. Ein derart umfassender Auftrag ist nicht in einem halben Jahr zu erledigen, so dass hier ein Zwischenbericht über die bisherigen Maßnahmen möglich ist.

1. Die Neubesetzung der Leitungsfunktionen des UBB muss zeitnah erfolgen. Flankierend sind dabei die Steuerungs- und Führungsstrukturen des Betriebs zu überprüfen und zu optimieren:

Der Betriebsausschuss des UBB hat in seiner Sitzung am 1.11.2013 beschlossen, die Betriebsleitung Herrn Dr. Georg Grunwald für die Dauer von zunächst 2 Jahren zu übertragen. Weiterhin wurde zur Kenntnis genommen, dass die Besetzung der Bereichsleitung 1 - Zentrale Dienste - möglichst bald erfolgen soll. Möglichst im ersten Halbjahr 2014 soll eine Leitung für den aus einer Fusion der Bereiche 3 - Grünflächenunterhaltung und -entwicklung – und 5 - Friedhöfe - hervorgegangenen neuen Bereich eingestellt werden. Im 2. Quartal 2014 sollen die Bereichsleitungen 6 - Kundenmanagement - und 8 - Stadtentwässerung - jeweils neu besetzt werden.

Die Nachbesetzung des Bereichs 2 - Planung und Bau - ist noch abhängig von Prüfungen zur Optimierung innerbetrieblicher Abläufe in Verbindung mit einer Fusion der Bereiche 2 und 3.

Die Betriebsleitung hat 2012 mit Hilfe externer Beratungsleistung Ideen und Konzepte für eine Verbesserung der Organisationsstruktur entwickelt, die möglichst in den Jahren 2013 und 2014 umgesetzt werden sollen.

2. Es soll überprüft werden, ob eine ökologische Aufwertung von Flächen zu effizienterem Pflegeaufwand führt:

Der UBB hat in diesem Jahr verschiedene Versuchsflächen im Straßenbegleitgrün und Grünanlagen angelegt. Ziel soll eine Erhöhung der Biodiversität sein. Dazu berät sich der UBB mit dem BUND und dem Imkerverein Bremen e. V. Es werden verschiedene Aussaaten erprobt und differenzierte Mähinterwalle. Eine finanzielle Bewertung für den Vergleich zur herkömmlichen Pflege kann frühestens im Jahr 2015 vorgenommen werden.

3. Die Sicherstellung der Verkehrssicherungspflicht muss sowohl organisatorisch, als auch inhaltlich höchste Priorität haben:

Zur Frage der Verkehrssicherung hat der Betriebsausschuss ebenfalls am 1.11.2013 das Konzept zur Verkehrssicherung der Straßenbäume zur Kenntnis genommen. Es wird hier auf die Vorlage 14/2013 für den Betriebsausschuss UBB verwiesen und ein Bericht der Verwaltung ist in Vorbereitung.

4. Es muss dargelegt werden, wie im Lichte der Personalplanung die Servicequalität im Friedhofsbereich aufrechterhalten werden kann:

Die Servicequalität im Friedhofsbereich soll weiter optimiert werden. Dazu gehören Bausteine wie z. B. die Nutzung der ehemaligen Verwaltungsgebäude auf dem Riensberger Friedhof für Beratungsleistungen, Trauerräume u. a. und eine Ausweitung des Bestattungsangebotes durch Einführung neuer Bestattungsformen. Verschiedene von der Stadtbürgerschaft beauf-

tragte Maßnahmen, wie ein flexiblerer Umgang mit der Urnenbestattung, gehören dazu. Auch soll der neue Friedhofsentwicklungsplan u. a. die Kundenfreundlichkeit gewährleisten.

5. Gemeinsam mit dem Personalrat sollte ein betriebliches Gesundheitskonzept erarbeitet werden, um die hohen Ausfallzeiten zu reduzieren:

Der Umweltbetrieb hat ein Bündel von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung eingerichtet und einen Gesundheitszirkel etabliert. Zurzeit wird in der Arbeitsgruppe Gesundheitsmanagement, in welcher alle Mitbestimmungsorgane vertreten sind, an neuen Maßnahmen und Strukturen gearbeitet.

6. Es ist eine ausgewogene Altersstruktur im Betrieb anzustreben. Dies sollte insbesondere durch die Übernahme von geeigneten Auszubildenden erfolgen:

Der wirtschaftliche Rahmen des Betriebs setzt enge Maßstäbe für Neueinstellungen. Ziel ist und muss eine Verjüngung der Mitarbeiterschaft sein. Derzeit wird der Abschluss einer Dienstvereinbarung geprüft, um die vor dem Hintergrund des Personalbedarfs und des festgelegten Stellenplans mögliche Beschäftigung von Auszubildenden mit bestandener Abschlussprüfung zu regeln.

7. Im Rahmen der längerfristigen Planung ist zu prüfen, ob die Eingliederung bzw. Verlagerung weiterer Aufgaben in den UBB sinnvoll ist. Eine mögliche Rekommunalisierung der Abfallentsorgung und Straßenreinigung im Jahr 2018 ist dabei zu berücksichtigen:

Mit der seinerzeit durch den Rechnungshof empfohlenen Prüfung der Eingliederung des SV-Abfall in den UBB zur Verringerung des Schnittstellenaufwands hat sich der Lenkungsausschuss des Projekts „UBB-Organisation“ in seiner Sitzung am 22.11.2013 abschließend befasst und Folgendes entschieden: Die öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger-Funktion und die damit verbundenen Aufgaben und Mitarbeiter (Abschnitt 232 des SUBV) sollen zum UBB verlagert und dort mit dem Bereich Kundenmanagement zusammengeführt werden. Dazu sollen die erforderlichen gesetzlichen, organisatorischen und personellen Vorkehrungen ab sofort in die Wege geleitet werden. Eine Umsetzung wird frühestens ab der Jahresmitte 2014 möglich sein. Die unterschiedlichen Handlungsoptionen für die Bereiche Abfallwirtschaft und Straßenreinigung nach Auslaufen der derzeit gültigen Verträge Mitte 2018 werden derzeit beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr erarbeitet.

Beschlussvorschlag:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.